

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1947

8 (21.1.1947)

BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN

Verlag: Badendruck GmbH, Karlsruhe a. Rh., Lamstr. 1b-5, Tel. 4051/53, Erscheinungsweg, 2mal wöchentlich, Ausgaben 1. Karlsruhe, Kne-Land, Pforzheim (Ebersteinstr. 18) u. für Bruchsal, Friedrichstraße, Kaufhaus Schardt.

2. Jahrgang / Nummer 8 • Karlsruhe, Dienstag, 21. Januar 1947

Einzelverkaufspreis 20 Pfg., Monatspreis RM 2,20, durch die Post bezogen RM 2,50 zuzüglich RM 0,26 Zustellgebühr, Abzugspreis: Die Tagespost, Nonp-Zelle RM 2.—, Ausg. Pforzheim RM 1.—, Amtl. Anz. die Hälfte.

Auf dem Wege zur Wirtschaftseinheit

Interzonales Handelsabkommen — Austausch von Rohstoffen und Fertigwaren zwischen russischer und anglo-amerikanischer Zone

Minden, 20. Jan. (ap) Zum Abschluss eines interzonales Handelsabkommens für den Austausch von Rohstoffen und Fertigwaren trafen am 17. Januar in Minden deutsche Wirtschaftsvertreter der russischen Zone und deutsche Wirtschaftsvertreter der anglo-amerikanischen Zone erstmalig zu einer zweiseitigen Konferenz zusammen. Die deutschen Vertragsunterhändler sind sämtlich mit Vollmachten der Besatzungsmächte zum Abschluss interzonales Handelsabkommens ausgestattet.

Bei Eröffnung der Konferenz erklärte der Vorsitzende der anglo-amerikanischen Zweizonen-Organisation zur Wirtschaftskontrolle, Malcolm McCormick, die Konferenz illustrierte in praktischer Form, wie die Wirtschaftseinheit zustandegebracht und gerade jetzt durchgeführt werden könne, obwohl ein Viermächte-Abkommen über die Wirtschaftseinheit Deutschlands noch nicht vorliegt. Das als notwendig angesehene Ziel sei jedoch, diesen Handel auf den Wert von einer Milliarde Mark zu steigern.

den allerdings immer noch Werke vor allem in der Schwerindustrie, übrigbleiben, und es wurde darauf hingewiesen, daß das Industrie-niveau wahrscheinlich wieder gesenkt werden müßte, wenn Rußland sich an einer wirtschaftlichen Zonenvereinigung beteiligen sollte.

Deutsche Kohlenregie ab 1. April
Berlin, 20. Jan. (dena) Die Kohlenproduktion in den beiden Westzonen wird vom 1. April an in deutsche Hände gelegt, und es sind Bemühungen im Gange, weitere 100 000 Mann für die Arbeit im Bergbau zu gewinnen.

Der brit. stellv. Militärgouverneur und der amerik. Militärgouverneur planen für die nächsten Wochen einen Besuch des Ruhrgebietes zur Abhaltung von Besprechungen mit alliierten und deutschen Fachleuten. Ihr Ziel ist die Hebung der Kohlenproduktion. Inzwischen wird eine Zweizonen-Aufsichtsinstanz geschaffen, die darauf zu achten hat, daß die Deutschen sich nicht auf einen Krieg vorbereiten, und das anglo-amerikanische Geld nicht verschwendet wird.

wegungsfreiheit und die Leistungsmöglichkeiten beeinflusst.

Die Ausführung des Planes wurde bereits bei vier der größten Eisen- und Stahlwerke des Ruhrgebietes in Angriff genommen.

Naturngemäß müßten noch zahlreiche andere Probleme gelöst werden, z. B. die Regelung der Beziehungen der Gläubiger und anderer Interessenten. Die Behandlung dieser Probleme müsse vorerst zurückgestellt werden. Daher würden auch die umlaufenden sowie die in festem Besitz befindlichen Aktien nicht auf die neu errichteten Verwaltungen übertragen werden.

Als die ersten Schritte zur Konzernentflechtung in der westdeutschen Eisenindustrie bezeichnete Direktor Dinkelbach, der Leiter der Treuhandverwaltung, in einer Pressekonferenz die Herauslösung der ersten vier Werke aus dem bisherigen Konzernzusammenhang. Es handele sich hierbei um das Werk „Häsel“ des Kückener-Konzerns, um das Werk „Hoerde“ des zum Konzern der Vereinigten Stahlwerke gehörenden „Dortmund-Hoerde-Hüttenverein“ und das Werk „Bochum“ der zum Otto-Wolff-Konzern gehörenden „Eisen- und Hüttenwerke AG.“ und um das Werk „Oberhausen“ des „Gute Hoffnungs-Hütten-Konzerns“.

Es soll alles geschehen, sagte der Redner, daß die Konzern entflochtenen Werke gesund und lebensfähig bleiben. Als den geeignetsten Weg hierzu sieht Dinkelbach eine Preisregelung zur Beseitigung der mit den derzeitigen hohen Selbstkosten verbundenen Verlustwirtschaft der eisenschaffenden Industrie an. Solange eine solche Preisregulierung, von der er hoffe, daß sie durchführbar sei, noch nicht vorgenommen werde, müsse wahrscheinlich der Weg der Subventionierung beschritten werden. Es sei jedoch unbedingt anzustreben, daß mit Hilfe einer organischen Preisbildung die Eisenindustrie sich selbst tragen könne.

Zur Beseitigung der Konzerne
Düsseldorf, 20. Jan. (dena-DPD) Die „North German Iron and Steel Control“ hat einem offiziellen Kommuniqué zufolge, entsprechend der von den alliierten Regierungen festgelegten Politik, einen Plan ausgearbeitet, der die unerwünschte wirtschaftliche Machtkonzentration in Deutschland beseitigt.

Im Rahmen dieses Planes sollen die großen Eisen- und Stahlwerke der britischen Zone von den Konzernen gelöst werden, die diese Werke bisher in Besitz hatten und verwalteten.

Die Industriewerke werden auf Grund des Planes in eine kaufmännische und technische Leitung erhalten, die aus erfahrenen Kräften besteht und in der die Arbeitnehmer unmittelbar vertreten sein werden.

Eine wesentliche Aufgabe der künftigen Leitung wird darin bestehen, die Produktion zu fördern, ohne durch Bindungen und Belastungen behindert zu werden, die bisher die Be-

Die Geschäftsführung für Vorstand und Aufsichtsrat mit dem Zentralvorstand der Gewerkschaften abgestimmt worden, wie überhaupt stets alle Einzelheiten des Reorganisationsplanes mit den Gewerkschaften besprochen worden seien.

Nach und nach sollen alle in Betrieb bleibenden Stahlwerke auf diese Weise umgestaltet werden. Es wird die Gründung von insgesamt etwa 25-30 selbständigen Stahlwerkgesellschaften gedacht, die in einer Dachorganisation zusammengefaßt werden sollen. Als Dachorganisation fungieren bis zur endgültigen Regelung der Besitzverhältnisse vorläufig die Treuhandverwaltung der Stahlkontrolle.

Bestellung Dr. Agartz bestätigt
Minden, 20. Jan. (dena) Die Bestellung Dr. Viktor Agartz als neuer Vorsitzender des Verwaltungsamtes für Wirtschaft in Minden wurde von den stellvertretenden Militärgouverneuren der britischen und der amerikanischen Zone bestätigt, wie aus einem Brief General Robertson's an General Cowley und Mr. McComb hervorgeht, der dem Verwaltungsamts zur Kenntnis gebracht wurde.

Dr. Adenauer nicht einverstanden
Köln, 20. Jan. (dena-DPD) „Es ist für alle anderen Parteien, insbesondere für die CDU, völlig untragbar, daß ein Ausschuß über die wirtschaftliche Leitung der beiden Zonen entscheiden soll, dem lediglich und allein Mitglieder der Sozialdemokratie angehören“, heißt es in einer Erklärung zum Rücktritt Dr. Müllers (parteilos) als Leiter des Zweizonenamtes, die der erste Vorsitzende der CDU in der britischen Zone, Dr. Konrad Adenauer, am 17. Jan. der Presse übergab. Dr. Adenauer sieht als Grund für Dr. Müllers Rücktritt die Tatsache an, daß der Zweizonen-Verwaltungs- und Wirtschaftsrat lediglich aus Angehörigen der SPD besteht.

Exportmarkt 30 Cents wert
Berlin, 21. Jan. (ap) Der Leiter der Abteilung Wirtschaft bei der amerik. Militärregierung, Brigadegeneral William H. Draper, hat am 15. Januar mitgeteilt, daß die aus der amerikanischen Zone kommenden deutschen Exportgüter von jetzt an nach dem Dollar berechnet werden. Danach hat eine deutsche Mark den Wert von 30 amerik. Cent. Diese Ausrichtung nach dem Dollar hat nichts mit einer Währungsreform oder einer Stabilisierung des deutschen Geldes zu tun, sondern bezweckt lediglich die Festsetzung eines Umrechnungssatzes für deutsche Waren auf dem Weltmarkt. Kohle und ähnliche Waren, die bereits einen festen Preis auf dem Weltmarkt haben, werden von dieser Regelung nicht berührt.

40 Angeklagte schuldig
Dachau, 21. Jan. (dena) Das Amerikanische Militärgericht, das seit sieben Monaten über die 29 SS-Männer und 16 Kapos des Konzentrationslagers Flossenbürg zu Gericht sitzt, erklärte am Montag 40 Angeklagte für schuldig.

Aufhebung des „automatischen Arrests“
Heidelberg, 21. Jan. (dena) Dem Hauptquartier der US-Truppen in Europa ist ein Vorschlag unterbreitet worden, demzufolge der „automatische Arrest“, dem ein gewisser Personenkreis unterliegt, der während der Nazizeit bestimmte Funktionen ausübte, aufgehoben werden soll. Die Entscheidung über diesen Vorschlag wird wahrscheinlich von den amerikanischen Stabschefs getroffen werden, die dem Kriegsministerium unterstehen.

Aus aller Welt

Paris. Der verstorbene Präsident der USA, Franklin Delano Roosevelt, und die drei anderen der „Großen Vier“ — Winston Churchill, Marschall Stalin und General Charles de Gaulle — sollen mit dem französischen Orden „Médaille Militaire“ ausgezeichnet werden, die die gleiche Bedeutung wie die Auszeichnung „Legion d'Honneur“ hat. (AP).

Budapest. Jugoslawien und Ungarn haben ein Handelsabkommen getroffen, das einen Warenaustausch auf die Dauer von fünf Jahren vorsieht. Jugoslawien wird in Ungarn Industrieprodukte im Werte von 150 bis 200 Mill. Dollar erwerben und hierfür Rohmaterial für den gleichen Betrag liefern. (dena-Reuter).

Schanghai. Die US-Militärkommission in Schanghai verurteilte am Freitag den ehemaligen Oberstleutnant Ludwig Ehrhardt, Chef des deutschen Spionagedienstes in Fernost, zu lebenslänglichem Gefängnis und Zwangsarbeit wegen Spionages gegen die USA und die Alliierten nach der deutschen Uebergabe. (dena-Reuter).

Letzte Neuigkeiten

Polen wählt
Warschau, 21. Jan. (dena) Die Wahl zum Parlament in Polen ist am 19. Januar durchgeführt worden. Die „demokratische Block“ 560 278 Stimmen. In erheblichem Abstand folgt die „nationale Bauernpartei“ Mikolajczyk's mit 53 146 Stimmen.

Die „Arbeiterpartei“ konnte 27 449 Stimmen auf sich vereinen, die „Unabhängige Bauernpartei“ 2 460 und die „Unabhängigen Katholiken“ 6 399 Stimmen. 2 250 Stimmen wurden für Splitterparteien abgegeben.

Zum Frieden mit Oesterreich
London, 20. Jan. (ap) Wie Alvin Steinkopf, Korrespondent der Associated Press berichtet, geben sich die Stellvertreter der Außenminister der Großen Vier der Erwartung hin, noch im Laufe dieser Woche zur tatsächlichen Abfassung der Präambel des österreichischen Unabhängigkeitsvertrages zu kommen.

Es sind Anzeichen dafür vorhanden, daß die Westmächte geneigt sind, Oesterreich gegenüber nachsichtiger zu sein, als Rußland. Die österreichische Phase der Verhandlungen hat sich mit unerwarteter Reibungslosigkeit abgewickelt.

Interview mit Finanzminister Dr. Köhler

Politik äußerster Sparsamkeit — Wiederaufbau — Anleihen zu gegebener Zeit

Unser W. B.-Redaktionsmitglied hatte mit Finanzminister Dr. Köhler ein Interview über die Grundsätze der württembergisch-badischen Finanzpolitik. Die Beantwortung zahlreicher Dr. Köhler unterbreiteten Fragen gibt wünschenswerte Aufklärung über eine Reihe allgemein interessierender finanzpolitischer Probleme.

1. Was sehen Sie als Ihre Hauptaufgabe an? — Die Rückführung der Finanzverwaltung der öffentlichen Verwaltung aus der Verwirrung und Verschwendung der Nazizeit auf den Boden sparsamster Finanzwirtschaft unter höchster Schonung der Produktionskräfte. Wir müssen wieder zu einem geordneten Haushalt kommen. Ich werde den Staatshaushalt für 1. April 1946/47 dem Landtag als bald unterbreiten und hoffe, den Haushalt für 1947 noch vor Beginn des Etatsjahres 1947 vorlegen zu können — trotz aller Unsicherheitsfaktoren, die sich unserer Einwirkung entziehen.

2. Sind diese „Unsicherheitsfaktoren“ groß? — Außerordentlich; die ganze Steuergesetzgebung ist uns ja entzogen und liegt in den Händen des Kontrollrats, so daß wir auf die Höhe der Steuern überhaupt keinen Einfluß haben. Auch große Ausgabenposten entziehen sich unserem Einfluß, wie z. B. infolge Personalmangels verzögerliche Abrechnung der Besatzungskosten und des Flüchtlingswesens, ferner die Entwicklung der Arbeitslosigkeit. Und doch wird der Haushalt 1946 in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen sein und die Aufnahme einer inneren Anleihe unnötig machen.

3. Wie ist dies möglich? — Der Hauptgrund hierfür sind die großen Steuereinnahmen. Daß diese Einnahmen in ihrer jetzigen Höhe nicht als fortlaufend angesehen werden können, ist klar. Denn sie sind in vielen Fällen einfach der Substanz entnommen und nicht wiederholbar. Die Fortsetzung dieser Politik würde zum vollständigen Ruin und nicht zu einem, wenn auch noch so bescheidenen Wiederaufbau unserer Wirtschaft führen.

4. Wie denken Sie sich die künftige Finanzpolitik? — Nur in der äußersten Sparsamkeit auf personellem wie auf sachlichem Gebiete. Der Impuls zur Sparsamkeit aber muß vom Finanzminister ausgehen. Meine Parole wird sein: Hart am Rande des Defizits. Erst diese Maßnahme wird einen tragbaren Grund schaffen, für die Aufnahme von Wiederaufbau-Anleihen zu gegebener Zeit. Daß dies auf die Dauer die einzig mögliche Finanzpolitik sein kann, wird die Zeit nach der Währungs- und Schuldenregelung beweisen.

5. Würden Sie etwas zu dieser beabsichtigten „Regelung“ sagen? — Nein, gar nichts — selbst wenn ich etwas Engüliges darüber wüßte. Der Finanzminister kann schließlich nicht immer mit der Feuerspritze herum fahren. Hat doch zum Beispiel die ganze Zurückhaltung der Waren bei der Industrie und bei dem Handwerk sowie des Viehs bei der Landwirtschaft mit ihren ungeheuren Schäden für die gesamte Volkswirtschaft ihren letzten Grund hauptsächlich in dem seit Jahresfrist umgehenden Währungsgerede. Daß die Finanzminister in der

Anglegenheit der Währungs- und Schuldenregelung nicht untätig sind, brauche ich wohl nicht besonders zu versichern.

6. Umfaßt Ihr Ressort neuerdings nicht auch Verwaltungswege, die früher vom Reiche verwaltet wurden oder ganz neu sind? — Sie haben vollständig recht. Dem Finanzminister ist die ganze Reichssteuerverwaltung mit den Finanzämtern, Hauptzollämtern zugewachsen. Ich früher vom Reichsfinanzministerium in Berlin betreut wurden. Daß es sich hierbei um eine große Aufgabenvermehrung handelt, braucht nicht näher erläutert zu werden. Außerdem ist aber auch die Verwaltung des auf Grund des Kontrollrats- und des Denazifizierungsgesetzes gesperrten Vermögens auf die Finanzverwaltung übergegangen. Das der Kontrolle unterstellte gesperrte und beschlagnahmte Vermögen beläuft sich auf Milliarden, darunter allein über eine Milliarde Vermögen der NSDAP und ihrer einzelnen Mitglieder. Für diese Verwaltung sind über 2000 Treuhänder eingesetzt.

7. Ist dies das ganze Arbeitsgebiet Ihres Ministeriums? — Noch nicht; es gehört noch dazu das Gebiet der Aufsicht über die Versicherungsgesellschaften (eine frühere Reichsaufgabe) sowie die Kon-

trolle und der Neuaufbau des Bankwesens — Aufgaben, die sich wohl weniger im Scheinwerfer der Öffentlichkeit vollziehen, aber von größter Bedeutung für unsere ganze Wirtschaft sind.

8. Ist dieser Aufgabenkreis des Ministeriums nicht etwas trocken? — Sie täuschen sich. Im Kopfe eines Finanzministers nehmen alle die Zahlen, mit denen er umzugehen hat, Gestalt an. Und hinter den Zahlenzeilen sieht er Menschen, die von seinen Entscheidungen betroffen sind und deren Schicksal in vielen Fällen von seinen Entscheidungen abhängt. Glauben Sie mir, daß ich zum Beispiel eine Befriedigung von besonderer Art empfangen, als ich in der letzten Kabinettsitzung der Staatsregierung die beantragte Durchführung von Auszahlungen von Sonderhilfen für die bedürftigen Flüchtlinge und ihre Angehörigen, für die bedürftigen Fliegergeschädigten sowie die Angehörigen von Kriegsgefangenen und für alle Wohlfahrtsempfänger dadurch ermöglichen konnte, daß ich in der Lage war, zu erklären, die Mittel zur Verfügung zu stellen. Gerade in schwerster Schicksalszeit zum Leiter des Finanzwesens bestellt zu werden, ist eine Verpflichtung, die den ganzen Menschen engagiert und deren Erfüllung höchste Befriedigung gewährt.

Um den deutschen Vertrag

Vorkonferenz erwägt „Zwischenstadium“ — Oesterreich soll Stellung nehmen

London, 20. Jan. (dena-Reuter) Die für Oesterreich zuständigen Stellvertreter der Außenminister beschäftigten sich auf ihrer zweiten Sitzung am Freitag in der Hauptsache mit der Festlegung des äußeren Rahmens für den österreichischen Vertrag. Die fertiggestellten Entwürfe des politischen Teils sollen am 20. d. Ms. diskutiert werden.

Der Generalsekretär des Außenministerrates setzte am 18. d. Ms. den diplomatischen Vertreter Oesterreichs in Großbritannien davon in Kenntnis, daß Vertreter der österreichischen Regierung die Einladung erhalten, am 29. Jan. ihren Standpunkt zu den Verhandlungen über den österreichischen Friedensvertrag vor den Stellvertretern der Außenminister vorzutragen.

Die Vertreter der Außenminister änderten die Reihenfolge der kleinen alliierten Mächte, die ihre Stellungnahme zu dem Deutschland-Problem vorbringen wollen. Danach wird der polnische Vertreter am Montag, 27. Jan., und der niederländische am 28. Jan., angehörd werden. Nach vorläufigen Vereinbarungen werden Australien am 29., Südafrika und Jugoslawien am 24., Kanada am 25. und Belgien am 29. Jan. ihre Stellungnahme vortragen.

Vorkonferenz am Freitag erfuhr, rechnet man wegen des Fehlens einer deutschen Zentralregierung, die in der Lage wäre, die zweifellos harten Friedensbedingungen zu erfüllen, mit einem Zwischenstadium, für das „ein unter den beteiligten Regierungen getroffenes Abkommen“ maßgebend wäre. Ein endgültiger Friedensvertrag dürfte also in Moskau nicht zustande kommen. Man betonte indessen, daß die Stellvertreter der Minister trotzdem nicht vorzuschlagen gedanken, man solle den Abschluß des endgültigen Vertrages auf die lange Bank schieben. Ebensovienig erwartet man natürlich von der Londoner Vorkonferenz die Fertigstellung eines vollständigen Vertragsentwurfs.

Das Zwischenstadium wäre somit eine Periode der Ungewißheit für das deutsche Volk. Es würde aber Zeit und Gelegenheit zur Sammlung von Erfahrungen für die Bildung eines deutschen Regierung bieten, die befugt wäre, den Vertrag zu unterzeichnen und die übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen.

Couve de Murville gab die Erklärung ab, Frankreich halte sich an das Potsdamer Abkommen, wonach deutsche Vertreter den Friedensvertrag unterzeichnen sollen.

Westgebiete Polen bestätigt
Warschau, 20. Jan. (ap) Der polnische Ministerpräsident Edward Osobka-Morawski erklärte am 17. ds. Ms. in Warschau, daß die USA die Westgebiete Polens bestätigt hätten. Als Gegenleistung dafür hätten sie eine Entschädigung der amerikanischen Interessen bei der Verstaatlichung der polnischen Industrie verlangt.

Sozialistische Regierung Frankreichs?
Paris, 20. Jan. (dena-Reuter) Der Exekutiv-ausschuß der MRP beschloß am 17. ds. Ms. die Bildung einer rein sozialistischen Regierung in Frankreich zu unterstützen.

Ap meldet ergänzend: Wie man in zuständigen amerikanischen Kreisen der Londoner

KURZ BELEUCHTET

Oesterreich hat durch den Generalsekretär des Außenministerrates die Einladung erhalten, am 29. Januar vor der Konferenz der stellvertretenden Außenminister in London seinen Standpunkt zu den Verhandlungen über den österreichischen Friedensvertrag vorzutragen. Gleichzeitig ist mit den Beratungen über die Präambel des Vertrages begonnen worden. Die Abfassung dieser Präambel stößt auf Schwierigkeiten, in denen die gegensätzlichen Auffassungen der anglo-amerikanischen Mächte und Sowjetrußlands über Oesterreichs Beteiligung am Krieg zum Ausdruck kommen. Auf der Moskauer Konferenz der Außenminister der großen Drei war auf die Feststellung Wert gelegt worden, daß Oesterreich am Kriege mit verantwortlich sei. Auf diesem Standpunkt steht Sowjetrußland auch heute noch. Amerika dagegen vertritt die Ansicht, daß Oesterreich 1938 zum Anschluß gezwungen und schließlich von den alliierten Armeen befreit worden sei. Im Hintergrund dieser scheinbar nebeneinander stehenden Verfahrensfragen und Textformulierungen stehen natürlich wichtige Entscheidungen wirtschaftlicher und politischer Natur. Jedemfalls einigte man sich in Vorverhandlungen darauf, daß die Präambel weder „Verurteilung noch Lob“ aussprechen, sondern sich an „historische Tatsachen“ halten solle, und daß Oesterreich gewisse Verpflichtungen gegenüber den Vereinigten Nationen auf sich zu nehmen habe. Dieses schnell erzielte Ergebnis der Londoner Konferenz ist deswegen bemerkenswert, weil sich darin wieder die schon in New York bewiesene Entschlossenheit aller Beteiligten zeigt, in jedem Falle zu Ergebnissen zu kommen, die in Europa wieder normale Verhältnisse schaffen werden. H. B.

Das deutsche Industrie-potential
Berlin, 20. Jan. Lynn Heinz Lings, Korrespondent der Associated Press, meldet: Nach den bisher vorliegenden Äußerungen britischer Stellen zur Frage des deutschen Industrie-potentials gab auch eine hohe amerikanische Stelle am 17. Januar eine Erklärung ab, in der es heißt, die Vereinigten Staaten und Großbritannien planten die Herausgabe einer klaren Direktive an das deutsche Volk, in der das bisher traditionell auf der Schwerindustrie ruhende Gewicht auf die Leichtindustrie und Textilindustrie verlagert werden soll. In dieser Direktive soll, den Erklärungen zufolge, das Industrienniveau gegenüber den bisherigen Vereinbarungen erhöht werden und auch höher liegen, als die Briten und Amerikaner es vorgeschlagen haben würden, wenn alle Zonen wirtschaftlich so vereint wären, wie es in Potsdam in Erwägung gezogen worden sei. Jedoch wird das neue Industrienniveau in den beiden Zonen unterhalb des Friedens-niveaus liegen, und das Schwergewicht wird auf die Verbrauchsgüterindustrie, und damit die Herstellung von landwirtschaftlichen Geräten, Lederwaren, Bijouteriewaren, Textilien und sonstigen Erzeugnissen der Leichtindustrie verlagert werden.

Verbrauchsgüter herstellende Fabriken werden nicht auf Reparationskonto gehen, und man wird dem deutschen Volk deutlich mitteilen, welche Werke ihm in den beiden Zonen erhalten bleiben. Für Reparationszwecke wer-

Sozialisierungs-Beginn

Von Walter Schwerdtfeger

Am 1. Januar ging der englische Kohlenbergbau in Staatsbesitz über, aus ökonomischen und sozialpolitischen Gründen. So geschah es in einem Land, das als Weltreich über eine Fülle von Hilfsquellen verfügt. Wie viel nötiger ist für Deutschland eine entsprechende Maßnahme, um wieviel dringender ist der Zwang, sie zu verwirklichen. Die für das wirtschaftliche Leben entscheidenden Grundstoffindustrien dem Kapitalismus, der „unsichtbaren“ Hand zu überlassen, ist wirtschaftlich untragbar, soll die erforderliche Planung nach dem Gesamtinteresse dienenden Gesichtspunkten durchgeführt werden, ist politisch unmöglich, weil — wie die Vergangenheit mit schlagender Beweisraft lehrte —, die „unsichtbare Hand“ in Wirklichkeit eine sehr feste Hand ist, die nach ihrem Belieben als Organ eines Staates im Staate die Möglichkeit hat, das Steuer des Staatsschiffes nach ihrem Gefallen zu lenken —, bis zum Schiffbruch.

Die Industriekapitalisten konnten diesmal nicht, wie nach 1918, unbeschädigt und unangestastet aussteigen. Aber sie haben ihr Urteil noch nicht empfangen und sie sind mit allen Wassern gewaschene Herren mit weitreichenden, mit internationalen Beziehungen. Ihre Interessenvertreter sind eifrig am Werk, den gescheiterten Herren der „Union der festen Hand“, wie Eric Reger in seinem bekannten Werk die Magnaten des Langnamvereins (Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen im Rheinland und Westfalen in Aachen) nannte, Macht und Einfluß zu erhalten.

Es scheint, als stünde ihre Sache zur Zeit nicht eben gut, die der Sozialisierung hingegen günstig. Es wird neuerdings jedenfalls mit ihr Ernst gemacht. Prinzipiell: Unter Sozialisierung versteht die Partei, die sich heute mit stärkstem Nachdruck für sie einsetzt, die SPD, keine mechanische Verstaatlichung, also lediglich einen Wechsel der Omnipotenten (früher Langnamverein, nun etwa Staat), keinen Staatskapitalismus, sondern eine Vergesellschaftung, in der Gemeineigentum verbunden ist mit lebendiger Mitgestaltung des Schaffenden durch eigene Initiative, durch Mitbestimmung über Betriebsrat und Gewerkschaften, durch Teilnahme an Gewinn und Risiko. Freilich die anonyme Beteiligung, die anonyme Nutznießung des nur kapitalistischen Interessierten, die lediglich Passivum und das Enderzeugnis preislich belastendes Faktum ist, fällt fort. Diese Vergesellschaftung sieht die Schlüsselindustrien vor, erstreckt sich aber nicht auf Mittel- und Kleinbetrieb, geschweige denn Handwerksbetrieb, sie kommt also nur dort in Frage, wo sie erforderlich ist, den größtmöglichen wirtschaftlichen und sozialen Effekt zu erzielen, sie läßt also der privaten Initiative allen berechtigten Spielraum. Auf der Tagesordnung steht zunächst solche Sozialisierung der Industriegruppen Kohle und Eisen. An Kali, Erdöl, Transportwesen, Elektrowirtschaft wird später herangewandt werden. Wie wichtig das Problem Kohlenbergbau in dem genannten Zusammenhang ist, illustriert der Kohle- und Energiemangel, den wir alle täglich verspüren, kennzeichnet die Tatsache, daß der Gestehungspreis einer Tonne Kohle 30 RM beträgt bei einem Erlös von 15 RM, also gerade der Hälfte, daß die Erzeugung einer Tonne Stahlbarren 145 RM kostet, der Verkaufspreis aber bei 95 RM liegt. Das ist Ausdruck einer ruinösen Verlustwirtschaft, der Einhaltung geboten werden muß. Denn die deutsche Kohlen- und Eisenindustrie muß gesunden, um ihre Aufgaben der Versorgung des Konsumenten und des Exports erfüllen zu können.

Die Sozialisierung wird in Angriff genommen. Der britische Staatsminister Hynd setzte sich, nachdem er die Voraussetzung geprüft hat, als Vertreter Englands für sie ein. Byrnes erklärte vor seinem Rücktritt, die USA hätten keine Einwendungen. Der rheinisch-westfälische Landtag stimmte vor einiger Zeit einschließlich der CDU-Fraktion, trotz Dr. Adenauers abweichenden Vorstellungen von der künftigen deutschen Wirtschaftsform, einstimmig für die Überführung des Bergbaues in Gemeineigentum. Die Aussichten erscheinen also in günstigem Licht.

Es scheint in der Tat erst zu werden mit der Sozialisierung. An anderer Stelle veröffentlichten wir eine Meldung, die einen Plan zur Beseitigung der Konzernne skizziert und erwähnt, daß die entkonzernierten Eisen- und Stahlwerke eine Leitung erhalten sollen, in der die Arbeitnehmer unmittelbar vertreten sein werden. Mit welchen Befugnissen ist nicht genauer gesagt, näheres selbst abzuwarten, das ein abschließendes Urteil möglich ist. Aber auch hier ist ein Anfang gemacht.

Auf eine gute Fortführung kann man mit einiger Berechtigung hoffen. Denn es ist äußerst Bemerkenswertes geschehen: Bekanntlich mußte seinerzeit der Leiter der Wirtschaftspolitik in der britischen Zone, der Sozialist Dr. Agartz, ein Exponent des Willens zum Sozialismus, abtreten. Als Leiter des bizonalen Verwaltungsamtes für die Wirtschaft der Westzonen wurden Dr. Müller (parteilos), als sein Stellvertreter Dr. Rasch berufen. Ihr Programm entspricht nicht den Forderungen, die zu verwirklichen die Wirtschaftlichminister der sechs Länder der amerikanischen und britischen Zone sowie der Städte Hamburg und Bremen für unerlässlich halten. Es kam am 16. d. Mts. infolgedessen zu einem Mißtrauensvotum, das Dr. Müller und Dr. Rasch zur Niederlegung ihrer Ämter veranlaßte. In diesem Zusammenhang sei der bezeichnende Umstand erwähnt, daß Dr. Rasch an der Düsseldorf Geheimbesprechung von 13 Vertretern der Schwerindustrie Mitte Dezember vorigen Jahres teilgenommen hat, ja dem „Neuen Tag“ vom 18. Dezember zufolge sogar den Vorsitz führte! Wobei zur Bezeichnung gesagt sei, daß Dr. Rasch während des Krieges Beauftragter des Mannesmann-Konzerns für die „Übernahme“ der tschechoslowakischen Industrie war.

Vom Vorsitzenden des Zweizonenausschusses ist nun erneut der Sozialist Dr. Viktor Agartz berufen und von amerikanischer und britischer Seite bestätigt worden. Damit ist die gezielte Zusammenarbeit zwischen dem bizonalen Ausschuss und den Wirtschaftsministern der Länder und Hansestädte im Sinne der deutschen ökonomischen und sozialen Notwendigkeiten gewährleistet. Eine erfreuliche Tatsache, eine der wenigen, die man heutzutage zu verzeichnen hat, denn sie ist von höchster Bedeutung. Der erste Vorsitzende der CDU in der britischen Zone, Dr. Adenauer, der sich in seiner wirtschafts- und sozialpolitischen Zielsetzung stark von dem Vorsitzenden der CSU Berlin, Jakob Kaiser, unterscheidet, hat sich gegen die nunmehrige personelle Besetzung

Washington, 20. Jan. (dena-ONS) Der endgültige Text der Verträge mit den Vasallenstaaten enthält keine wesentlichen Punkte über die nicht im Verlauf der siebzehnmonatigen Verhandlung Erörterungen und Übereinstimmungen von Tag zu Tag offen berichtet wurde.

Italien Territoriale Veränderungen: Jugoslawien erhält die Adriatischen, Pola und Fiume, zwei Drittel der Halbinsel Istrien und den größten Teil von Venezia Giulia. Triest und seine unmittelbare Umgebung erhalten den Status eines internationalen freien Territoriums. Frankreich erhält die kleinen in den Alpen gelegenen Bezirke von Tenda und Briga. Griechenland werden die Dodekanes-Inseln in der östlichen Ägäis zugesprochen. Die afrikanischen Kolonien Libyen, Eritrea und Somaliland bleiben bis zu einer endgültigen Entscheidung der vier Großmächte unter britischer Militärverwaltung.

Befestigungsanlagen: Ständige Grenzbesetzungen müssen zerstört werden. Pantelleria und andere Inseln, die früher befestigt waren, müssen entmilitarisiert werden. Streitkräfte: Die Armee wird auf eine Stärke von 185.000 Mann und die Polizei auf 65.000 Mann eingeschränkt. Die Gesamtsumme teilt sich wie folgt auf: 125.000 Mann für Italien, 105.000 für Griechenland, 100.000 für die Sowjetunion, 25.000 für Albanien und 5.000 für Albanien. Die Zahl der Luftstreitkräfte darf 25.000 Mann nicht überschreiten. Der Besitz von Bombenflugzeugen ist Italien verboten.

Reparaturen: Die auf insgesamt 350 Millionen Dollar festgesetzten Reparaturen, die Italien zu zahlen hat, sollen weitgehend in Sachwerten beglichen werden. Die Gesamtsumme teilt sich wie folgt auf: 25 Mill. Dollar an Jugoslawien, 105 Mill. an Griechenland, 100 Mill. an die Sowjetunion, 25 Mill. an Albanien und 5 Mill. an Albanien. Die Zahlungen müssen in einer siebenjährigen Frist geleistet werden, sollen jedoch erst nach Ablauf von zwei Jahren beginnen.

Triest: Der neue Freistaat wird ein vom Volke erwähltes Parlament erhalten. Der Gouverneur, der dem Sicherheitsrat der UN gegenüber verantwortlich ist, wird jedoch weitgehende Vollzugsvollmachten und Sonderrechte erhalten. In Triest wird ein Freiland eingerichtet. Die italienischen und jugoslawischen erhalten besondere Hafenrechte. Die alliierten Truppen werden den Triester Staat innerhalb von neunzig Tagen räumen, nachdem der Gouverneur die Sicherheit der Bevölkerung des Gebietes ohne Gefährdung der Sicherheit möglich ist.

Ungarn muß an Rumänien Transylvanien und an die Tschechoslowakei einen kleinen Brückenkopf an der Donau bei Preßburg sowie drei Dörfer südlich der Stadt Sibiu. Die Stärke der ungarischen Armee ist auf 60.000 Mann und die der Luftstreitkräfte auf 5.000 Mann und neunzig Flugzeuge beschränkt. Bombenflugzeuge sind nicht gestattet. Die Gesamtreparaturen belaufen sich auf dreihundert Millionen Dollar, die in einem Zeitraum von acht Jahren zu zahlen sind und zwar: 200 Millionen Dollar unter Aufsicht der Alliierten und 100 Mill. Dollar an die Tschechoslowakei u. Jugoslawien.

Rumänien Die Sowjetunion erhält von Rumänien Bessarabien, das vor 1914 zu Rumänien gehörte. Ferner erhält die Sowjetunion zwei Dörfer südlich von Janina 1938 rumänisch war. Bulgarien bekommt die südliche Dobrußa, die in der Nähe der Donaumündung, die vor 1914 bulgarisch war. Die rumänische Armee wird auf 100.000 Mann, die Truppenstärke auf 130.000 Mann, die Flotte auf 5.000 Mann und die Luftstreitkräfte auf 8.000 Mann begrenzt. Außerdem darf die rumänische Luftstreitkräfte nicht mehr als 15.000 Tonnen Schiffsraum unter seine Flagge führen.

Aufhebung russischer Vorkurs. Die sowjetische Militäradministration gab, wie ap aus Berlin meldet, am 17. ds. Mts. bekannt, daß sie die Vorkurs für „die Mehrheit“ der sowjetischen Zeitungen und andere periodische Schriften in der russischen Zone aufgehoben habe. Fehlende Menschen. „Der Aufenthalt von ca. drei Millionen fehlenden Menschen wurde nicht festgestellt“, berichtet News Week vom 20. Dezember 1946. „Es handelt sich um Kriegsgefangene, Angehörige der „Achtensstaaten“, Deutsche, Japaner, Italiener und Finnen, die nicht festgestellt werden konnten, bis zu 200.000. Zwangsarbeiter an Straßen- und Eisenbahnbauten in Sibirien. Gemäß einer Meldung der sibirischen Sowjetzeitung „Kirkis-Prawda“ befinden sich unter sowjetischer Aufsicht in diesen Menschen gebaut werden, eine neue Eisenbahnverbindung zwischen Sibirien und dem europäischen Rußland sowie zwei Fernverkehrsstraßen, nördlich und südlich dieses Schienenstranges. Der tägliche Lohn für die Gefangenen, unter denen sich viele Frauen befinden, beträgt 6 Rubel (90 Cents).“ (Sopade)

Zug des Zweizonenausschusses in einer am 17. ds. Monats der Presse übergebenen Erklärung ausgesprochen. Diese Erklärung Dr. Adenauers dürfte nicht ohne Konsequenzen bleiben, sie wird in dem Wahlkampf für die zum 30. März in der britischen Zone angesetzten Landtagswahlen die Hauptrolle spielen. Die Parole wird praktisch sein: Für oder gegen die Sozialisierung. Dr. Adenauer will, so hat er verkündet, für die dort hinter der SPD stehende CDU die absolute Mehrheit erreichen. Die im industriellen Herzen Deutschlands stattfindende Wahl des 30. März verdient die größte Aufmerksamkeit, denn sie wird die künftige Wirtschaftsform Deutschlands vielleicht entscheidend bestimmen.

Freier Rundfunk

Die amerikanische Militärregierung wird in Kürze die Verantwortung für die Gestaltung des Rundfunks in deutsche Hände legen. Dies zu verwirklichen ist nicht so einfach, denn es taucht sofort die Frage auf, wem das für die Allgemeinheit so wichtige Instrument des Rundfunks anvertraut werden kann.

Bevor die Frage beantwortet wird, wollen wir einige geschichtliche Reminiszzenzen des Rundfunks und seiner Entwicklung aufzählen, um die Lage richtig beurteilen zu können. Nur oberflächliche Beobachter können den Wunsch äußern, den Status quo von 1932 wieder herzustellen. Es darf nämlich nicht vergessen werden, daß der Rundfunk in den ersten zehn Jahren seines Bestehens überwiegend ein politisches war.

Die ungesunde Zentralisierung des deutschen Rundfunks durch die Reichspost in den Jahren vor 1933 machte es dem Propagandaministerium leicht, den deutschen Rundfunk mühelos gleich zu schalten. Von diesem Zeitpunkt an wurde der Rundfunk mit seinem gesamten Programm in den Dienst eines Volkstreuges gestellt, welcher ohne Vorbild gewesen ist und nie wieder eine Nachahmung finden darf. Durch das Gift propagandistischer Betäubungsmittel ist das deutsche Volk auch mit Hilfe des Rundfunks in beispielloser Weise geistig entmannt worden. Leider wurden die Kundmachungen des Nazirundfunks meistens kritiklos entgegengenommen und der Inhalt politischer Reden der Naziführer wurde der breiten Masse zum Evangelium.

Heute ist der Nationalsozialismus äußerlich überwunden, ob er innerlich überwunden ist,

lassen. Die Zahl der Kriegsflugzeuge darf 150 nicht überschreiten, Bombenflugzeuge sind nicht erlaubt. Rumänien muß innerhalb eines Zeitraumes von acht Jahren Reparationszahlungen in Höhe von 300 Millionen Dollar an die Sowjetunion leisten.

Bulgarien Als einzige Grenzberichtigung erhält Bulgarien die südliche Dobrußa von Rumänien. Die bulgarische Armee ist auf 55.000 Mann, die Flotte auf 3.500 Mann und 7.250 Tonnen Schiffsraum, die Luftstreitkräfte auf 5.000 Mann und 90 Flugzeuge beschränkt. Bombenflugzeuge und der Bau von Befestigungsanlagen entlang der griechischen Grenze sind nicht erlaubt.

Finnland Finnland muß Karelien, die karäische Landenge und die arktische Provinz Petsamo an die Sowjetunion abtreten und die Flottenstützpunkte Porkkala auf fünfzig Jahre an die Sowjetunion verpachten. Die Stärke der finnischen Armee ist auf 34.000 Mann, die der Flotte auf 4.500 Mann und zehntausend Tonnen Schiffsraum, die der Luftstreitkräfte auf 3.000 Mann und sechzig Flugzeuge beschränkt. Bombenflugzeuge sind nicht gestattet. Ferner muß Finnland innerhalb von acht Jahren die Summe von 100 Millionen Dollar als Reparationsleistungen an die Sowjetunion zahlen.

Donau — Ungarn, Rumänien und Bulgarien verpflichten sich in ihren Friedensverträgen den Bestimmungen einer freien und offenen Schifffahrt auf der Donau zu gewähren. Sechs Monate nach Inkrafttreten der Friedensverträge werden die Donaustaaten, die vier Großmächte und die Ukraine eine Konferenz zu einmünden, um eine Internationale Donauverwaltung zu errichten.

Menschenrechte: Die fünf ehemaligen Feindstaaten geben in ihren Friedensverträgen ab alle Rechte und Freiheiten, die sie den Angehörigen der öffentlichen Meinung und des Rechts der öffentlichen Versammlung erforderlich sind. Die fünf Staaten verpflichten sich ferner, alle Überreste des Nazismus und Faschismus auszumerzen und die Durchführung der Verträge werden zu gewährleisten.

Stuttgart, 20. Jan. (Eig. Bericht.) Kabus spielte während der ganzen Verhandlung die Rolle eines Geisteskranken tatsächlich so konsequent, daß selbst der von der Verteidigung gestellte Psychiater ansehend, „geächtet“ wurde, jedoch trotzdem nicht umhin konnte, Kabus für seine Taten als Angeklagter zu erklären. Der Psychiater des Anklagevertreters schloß sich diesem Gutachten an.

Stuttgart, 20. Jan. (dena.) Die Verteidiger Dr. Riesinger und Dr. Bauer bestritten im Prozeß gegen Siegfried Kabus und seine zehn Mitangeklagten übereinstimmend, daß es sich in ihrem Falle um eine Verschwörung strafbaren Charakters gehandelt habe. Nach dem Gesetz sei eine Verschwörung nur dann strafbar, wenn sie zur Vorbereitung eines Angriffskrieges diene. Die Verteidiger haben das Gericht, den Angeklagten mit Ausnahme des Angeklagten Kabus weitgehend mildernde Umstände zuzubilligen. Sie seien in einer Zeit aufgewachsen, deren Geist solchen Taten, wie ihnen zur Last gelegt werden, Vorschub geleistet habe.

Neues Verhör Petains Paris, 20. Jan. (ap) Nach Mitteilungen höherer Gerichtsinstanzen wird der frühere französische Marschall Petain in seinem Exil auf der Insel „Yeu“ gegenwärtig einem Verhör unterzogen, um Einzelheiten über eine Kabinettsitzung der Vichy-Regierung zu geben, in welcher die Fragen einer militärischen Hilfeleistung für Hitler und eine Kriegserklärung an England zur Debatte standen. Durch aufgefundenen Dokumente des früheren deutschen Botschafters in Paris, Otto Abetz, wird der Unterstaatssekretär der Vichy-Regierung, Pierre Benoit-Mechin, der sich seit der Befreiung Frankreichs in Haft befindet, schwer belastet.

Kritik an Bevin Hull, 20. Jan. (dena-Reuter). K. Zilliacus, britischer Parlamentsabgeordneter der Labour-Partei, der verschiedentlich die Außenpolitik der Regierung kritisierte, erklärte am 18. d. Mts. in einer Versammlung: „Ich glaube, Bevin hat die anglo-sowjetische Allianz nicht unumstößlich vergessen aus dem einfachen Grunde, weil unsere Regierung einerseits niemals daran gedacht hat, unsere Beziehungen zur Sowjetunion und unsere europäische Politik auf die anglo-sowjetische Allianz zu stützen, während andererseits eine anglo-amerikanische Entente ohne formelle Vertragsverpflichtungen geschaffen wird.“

Marshall trat sein Amt an Washington, 20. Jan. (dena-INS) General George C. Marshall hat am 20. Januar sein neues Amt als Außenminister der USA offiziell übernommen. Er wurde vom Oberrichter Fred M. Vinson in den Geschäftsräumen des Präsidenten vereidigt. Antwort an die Prawda London, 20. Jan. (ap) Das britische Außenministerium gab am 19. Januar bekannt, der britische Botschafter in Moskau, Sir Maurice Peterson, habe Anweisung erhalten, Generalissimus Stalin davon in Kenntnis zu setzen, daß der englisch-russische Bündnisvertrag nicht „unwirksam geworden oder suspendiert“ worden sei.

wird uns die Zeit noch lehren. Augenblicklich kann davon keine Rede sein. Geblieben ist auf jeden Fall noch die allgemeine Meinung, den Rundfunk als eine amtliche Institution zu betrachten. Dies abzustellen ist die erste Bedingung, um den Hörer in das richtige Verhältnis zu einem freien Rundfunk zu bringen. Der Rundfunk soll nicht amtlich sein. Wir müssen lernen, zwischen Sender und Sendung zu unterscheiden. Wenn ein Sender eine amtliche Kundmachung durchgibt, dann wird er es in der Einleitung oder in der Ankündigung klar zum Ausdruck bringen. Wir müssen lernen, für die Darbietungen des Rundfunks ein empfindliches Ohr zu bekommen als dies bisher der Fall gewesen ist. Dieses bedeutet eine Erziehungsaufgabe an uns selbst. Wenn zum Beispiel über den Sender bekanntgegeben wird, die Militärregierung habe die Sperrstunde aufgehoben, dann soll man, wenn man es weiterzählt, sagen: „Im Radio wurde bekanntgegeben, die Militärregierung habe die Sperrstunden aufgehoben.“ Dies erscheint zu nächst einfach und selbstverständlich. Wer aber ehrlich ist, wird gestehen, daß es allgemein heißt: „Das Radio hat gesagt, die Sperrstunde ist aufgehoben.“ Darin liegt eben der wesentliche Unterschied, daß ein freier Rundfunk etwas Ähnliches bekanntgeben kann, ohne selbst amtlich zu sein. Es wird noch einige Zeit dauern, bis das Gift der Gedankenlosigkeit aus unserem Volk verschwinden ist. Wenn die jeweilige Regierung einen maßgeblichen Einfluß auf die Programmgestaltung des Rundfunks nehmen kann, ist die Unparteilichkeit stets in Gefahr. Hüten wir uns davor! Die Folge einer solchen Rundfunklenkung sollte noch in unserer Erinnerung sein.

den Botschaftern der Großmächte in den betreffenden Hauptstädten übermitteln werden. Sofern derartige Meinungsverschiedenheiten nicht innerhalb von zwei Monaten beigelegt sind, werden sie einem Sonderausschuß überwiesen, der sich aus den beiden Opponenten und einer neutralen Macht zusammensetzt. Das neutrale Mitglied in diesem Ausschuss wird, sofern sich die beiden Opponenten über dessen Wahl nicht einigen können, vom Generaldirektor der Vereinten Nationen ernannt werden.

Juden fordern ihr Recht Berlin, 20. Jan. (dena) Der Herausgeber der jüdischen Wochenschrift „Der Weg“, Hans-Erich Fabian, betont in einem Artikel das starke Interesse der Juden an dem kommenden Friedensvertrag, in deren Namen er dafür eintritt, eine Reihe von Grundgesetzen in die Friedensbestimmungen mit einzubeziehen, in denen die Rückgabe der seit dem 30. Jan. 1933 durch antisemitische Maßnahmen verlorenen und Ersatz für die in der Zwischenzeit vernichteten Werte gefordert wird.

Alle Bestimmungen, die eine Herabsetzung oder Benachteiligung auf Grund von Rasse oder Glauben enthalten, sollen ferner aufgehoben werden. Für durch Nazigesetze ausgeübte oder verfolgte Personen wird die Freiheit in der Wahl der Staatsangehörigkeit beantragt.

England zum Spitzbergen-Abkommen London, 20. Jan. (dena-INS) Ein Sprecher des britischen Außenministeriums gab am 17. ds. Mts. bekannt, daß Großbritannien eine Änderung des Spitzbergen-Abkommens nur mit Zustimmung aller betroffenen Mächte anerkennen würde. Die britische Regierung werde ihre Ansichten zur Spitzbergen-Frage bis zu diesem Zeitpunkt nicht offiziell bekanntgeben.

Kabus voll verantwortlich

Verteidigung bestritt Strafbarkeit der Verschwörung

bar, wenn sie zur Vorbereitung eines Angriffskrieges diene. Die Verteidiger haben das Gericht, den Angeklagten mit Ausnahme des Angeklagten Kabus weitgehend mildernde Umstände zuzubilligen. Sie seien in einer Zeit aufgewachsen, deren Geist solchen Taten, wie ihnen zur Last gelegt werden, Vorschub geleistet habe.

Gefängnisstrafen in Dachau Dachau, 20. Jan. (dena) In den Prozessen gegen die ehemaligen Wachen des Konzentrationslagers Dachau wurde der frühere Hauptfeldwebel einer 35-jährigen Tätigkeit, durch die er an den Missetaten und Grausamkeiten im KZ Dachau mitverantwortlich war, zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe und einhundert Jahren Gefängnis verurteilt. Der frühere Posten Albert B. u. c. erhielt 21 Monate und der ehemalige Latrinereiniger in Dachau, Mich. B. u. c. 6 Monate Gefängnis.

Stuttgart, 20. Jan. (dena) Ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß aus zehn Mitgliedern des württembergisch-badischen Landtages, der die Beteiligung von Landtagsmitgliedern, darunter Ministerpräsident Dr. Reinhold Maier und Kultusminister Wilhelm Simpfendorfer, an dem Zustandekommen des Ermächtigungsgesetzes vom März 1933 prüfen soll, wird jetzt gebildet.

Der bekannte britische Sozialpolitiker Lord William Beveridge

vertreter betont einmütig eine halbe Stunde lang die Notwendigkeit einer Parteipresse. Die bei Radio Stuttgart eingegangenen Hörerzuschriften ergaben jedoch ein völlig anderes Bild. Von 62 eingegangenen Hörerzuschriften sprachen sich nur zwei Hörer für eine Parteipresse aus, während 53 Hörer die Fortführung der jetzt eingeführten lizenzierten Presse wünschten. Sieben Hörer fordern die Beibehaltung der lizenzierten Presse, wünschen jedoch zugleich auch die Zulassung von Parteizustellungen.

Besonders bemerkenswert an dieser Reaktion aus dem Hörerkreis ist die Tatsache, daß die Entscheidung gegen die Parteipresse ausgefallen ist, obwohl die Parteivertreter sämtliche Argumente für eine Parteipresse anführten und Vertreter lizenzierter Zeitungen an dieser Diskussion nicht teilgenommen hatten.

Wer fühlt, daß er auf einen andern einen großen innerlichen Einfluß ausübt, muß ihm ganz freie Zügel lassen, ja gelegentliches Widerstreben gern sehen und selbst herbeiführen: sonst wird er unvermeidlich sich einen Feind machen. Nietzsche.

Es ist kein Vorteil für die Herde, wenn der Schiefer ein Schaf ist. Goethe.

Eines recht wissen und ausüben, gibt höhere Bildung als Halbheit im Hundertfältigen. Goethe.

Man muß nicht zu geschwind Recht haben wollen, sondern Geduld und Feinheit genug haben, sein Recht im andern zu pflanzen. Wenn es da wächst, so ist es nicht mehr zu entwurzeln. Emil Gött.

Das freie Wort

Frau Tomer, Karlsruhe, Flüchtlingslager, schreibt u. a.: „Es ist erstaunlich, wie Flüchtlinge in den dänischen Lagern von der deutschen Lagerleitung betrogen werden. Der Ortsgruppenleiter des Deutschen Lagerführer Fritz Ziemer aus Lamsbach (Ostpreußen), der sich z. Zt. in einem Lager in Aalborg in Jütland befindet, war in der Zeit vom 15. April 1945 bis 18. Juli 1946 als deutscher Lagerleiter in den Lagern Roskilde und Melby tätig. Mit ihm der Unteroffizier und Küchenchef Josef Kihlsler, wohnhaft in Hirschberg in Westfalen, Gartenstraße. Diese betrogen die armen Flüchtlinge, indem sie ihnen den Zucker, 100 Gramm pro Woche für die Zeit vom 15. April bis 20. November 1945 einbehielten. Der dänische Staat lieferte Tagesrationen von 20 gr Butter pro Person, davon wurden 15 gr ausgegeben. Die übrigen 5 gr wurden für die Kinder geheizt, war, wurde eingekellert, entrahmt, Schlagen geschlagen, auch gebuttert. Zweimal wöchentlich wurde für die führenden Herrschaften, wovon die Hälfte die guten Deutschen, Apfelkuchen, Pulverkuchen und Käsekuchen in großen Mengen gebacken, während die zweite Klasse von Flüchtlingen immer magerer wurde. Ferner war den beiden Flüchtlingen Frau Anna Grande und Frau Bertha Landsberger, beide aus Königsberg, bei ihrer Ankunft im Flüchtlingslager das gesamte Gepäck abhandeln gekommen. Jedoch die Flüchtlinge erhielten nur einen ganz geringen Teil ihrer Sachen zurück. So gingen Frau Landsberger 2000 Mark, die sie in einen Päckchen mitgeführt hatte, verloren. Dieser Betrag schämte sich nicht einmal, als Frau Landsberger nach ihrer Brieftasche mit Inhalt fragte, diese Frau zu betrogen. Ein Däne habe ihre Brieftasche mit Wertpapieren und 500 Mark genommen. Im Juni 1946 ließ diese deutsche Lagerleitung in Roskilde das Gericht verbreiten: Die Engländer kommen und nehmen alles fort. Darauf liefen die Flüchtlinge und versteckten ihr Geld und ihre Schmuckstücke in den umliegenden Getreidefeldern oder vergruben es an Sträuchern und Wegen. Sie ließen ihre Sachen sogar über Nacht draußen. Es kamen weder Engländer noch Dänen, die etwas nahmen. Auf dem Geld und Wertachen der Flüchtlinge waren doch verschwendet. Wie ist es möglich, daß im Lager Dragør bei Kopenhagen in einer Küche für Ostflüchtlinge z. B. Lagerleiter, Lehrer und dergleichen gekocht wird und in einer zweiten Küche für Unterflüchtlinge gekocht wird; obwohl hierdurch oft Unzufriedenheiten unter den Flüchtlingen hervorgerufen wurden. Man kann wohl staunen, daß ein Prüfer in der Lager Roskilde und Melby beteiligt war, bis auf die heutige Zeit im Lager Dragør in der Kaltverpflegungsausgabe belassen wurde, obwohl es der deutschen Lagerleitung gemeldet war.“

Stuttgart, 20. Jan. (dena) Ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß aus zehn Mitgliedern des württembergisch-badischen Landtages, der die Beteiligung von Landtagsmitgliedern, darunter Ministerpräsident Dr. Reinhold Maier und Kultusminister Wilhelm Simpfendorfer, an dem Zustandekommen des Ermächtigungsgesetzes vom März 1933 prüfen soll, wird jetzt gebildet.

Der bekannte britische Sozialpolitiker Lord William Beveridge

vertreter betont einmütig eine halbe Stunde lang die Notwendigkeit einer Parteipresse. Die bei Radio Stuttgart eingegangenen Hörerzuschriften ergaben jedoch ein völlig anderes Bild. Von 62 eingegangenen Hörerzuschriften sprachen sich nur zwei Hörer für eine Parteipresse aus, während 53 Hörer die Fortführung der jetzt eingeführten lizenzierten Presse wünschten. Sieben Hörer fordern die Beibehaltung der lizenzierten Presse, wünschen jedoch zugleich auch die Zulassung von Parteizustellungen.

Besonders bemerkenswert an dieser Reaktion aus dem Hörerkreis ist die Tatsache, daß die Entscheidung gegen die Parteipresse ausgefallen ist, obwohl die Parteivertreter sämtliche Argumente für eine Parteipresse anführten und Vertreter lizenzierter Zeitungen an dieser Diskussion nicht teilgenommen hatten.

Wer fühlt, daß er auf einen andern einen großen innerlichen Einfluß ausübt, muß ihm ganz freie Zügel lassen, ja gelegentliches Widerstreben gern sehen und selbst herbeiführen: sonst wird er unvermeidlich sich einen Feind machen. Nietzsche.

Es ist kein Vorteil für die Herde, wenn der Schiefer ein Schaf ist. Goethe.

Eines recht wissen und ausüben, gibt höhere Bildung als Halbheit im Hundertfältigen. Goethe.

Man muß nicht zu geschwind Recht haben wollen, sondern Geduld und Feinheit genug haben, sein Recht im andern zu pflanzen. Wenn es da wächst, so ist es nicht mehr zu entwurzeln. Emil Gött.

